

**Niederschrift**

über die 49. Tagung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses der Stadt Haldensleben am 11.12.2012, von 17:00 Uhr bis 17.55 Uhr

**Ort:** in der KulturFabrik Haldensleben, Gerikestraße 3 a, Dachgeschoss

---

**Tagesordnung:**

**I. Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Tagung am 20.11.2012
4. Behandlung der im Brief der Erzieherinnen der Kita "Max und Moritz" an den Stadtrat angesprochenen Themen
5. Förderanträge
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

**II. Nichtöffentlicher Teil**

8. Mitteilungen
9. Anfragen und Anregungen

**I. Öffentlicher Teil**

**zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 6 Ausschussmitglieder sowie die sachkundigen Einwohner Herr Dr. Graetz und Herr Schmahl anwesend; der Ausschuss ist somit beschlussfähig. Stadtrat Herrmann Ortlepp nimmt i. V. für Stadtrat Dr. Koch teil und Stadtrat Bodo Zeymer vertritt Stadtrat Tim Teßmann. Insbesondere begrüßt er die geladenen Landtagsabgeordneten Herrn Henke und Frau Rita Mittendorf, die sozialpädagogische Sprecherin der LINKEN, Frau Monika Hohmann und Frau Dagmar Zoschke, Vorsitzende des Sozialausschusses im Landtag, sowie die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Börde und die zahlreich erschienenen Gäste.

**zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Amtsleiterin Scherff weist darauf hin, dass noch ein Förderantrag vom HSV Haldensleben eingegangen ist. Dieser sollte heute ebenfalls behandelt werden.

Damit heute alle zu Wort kommen können, auch diejenigen, die keine Einwohner der Stadt Haldensleben sind, unterbreitet Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki den Vorschlag, erst einmal die formale Ausschusssitzung durchzuführen, diese dann zu beenden und dann nachfolgend in eine öffentliche Veranstaltung zum Thema KiföG und Gesetzesänderung überzugehen.

Weiterhin würde er den Vorschlag unterbreiten wollen, die Tagesordnung der heutigen Ausschusssitzung wie folgt zu ändern:

Zuerst sollten die Tagesordnungspunkte 4 und 5 getauscht werden. D.h., der TOP 5 - Förderanträge - sollte vor dem TOP 4 – Brief der Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ abgehandelt werden. Weiterhin würde er vor-

schlagen wollen, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 sowie die Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils von der Tagesordnung abzusetzen. Es handelt sich heute ohnehin um eine außerplanmäßige Ausschusssitzung.

*Über die geänderte Tagesordnung stimmen die Ausschussmitglieder wie folgt ab:*

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

**zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Tagung am 20.11.2012**

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 20.11.2012 bestehen keine Einwände.

**zu TOP 5 Förderanträge**

5.1. Förderantrag Volkssolidarität, Regionalverband Ohre-Börde

Für die Durchführung der Weihnachtsfeierlichkeiten der Ortsgruppen der Volkssolidarität in der Stadt Haldensleben beantragt die Volkssolidarität einen Zuschuss in Höhe von 850 Euro. Dieser Zuschuss wird entsprechend der Anzahl der Mitglieder in den Ortsgruppen aufgeteilt. Die finanzielle Unterstützung dient der Finanzierung der kulturellen Umrahmung sowie dem Besuch der kranken und bettlägerigen Senioren und Seniorinnen. Im Interesse ihrer Mitglieder bitten sie um Befürwortung des Antrages.

*Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen, der Volkssolidarität, Regionalverband Ohre-Börde zur Durchführung der Weihnachtsfeierlichkeiten der Ortsgruppen den beantragten Zuschuss in Höhe von **850 Euro** zur Verfügung zu stellen.*

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen**

*Stadtrat Bodo Zeymer setzt sich aufgrund von Befangenheit während der Behandlung des TOP 5.2. zurück.*

5.2. Förderantrag HSV Haldensleben

Für die Durchführung eines Fußballturniers der Stadt Haldensleben am 27.12.2012 (kurzfristige Übernahme) in der Sporthalle Zollstraße beantragt der HSV einen Zuschuss seitens der Stadt in Höhe von 180 Euro. Kosten insgesamt: 230 Euro, Zahl der Teilnehmer: ca. 60

*Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen, dem HSV Haldensleben für die Durchführung des Fußballturniers einen Zuschuss in Höhe von **180 Euro** zu gewähren.*

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

**zu TOP 4 Behandlung der im Brief der Erzieherinnen der Kita "Max und Moritz" an den Stadtrat angesprochenen Themen**

Behandlung der im Brief der Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ an den Stadtrat angesprochenen Themen

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki teilt eingangs mit, dass sich die Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ im Oktober 2012 mit einem Schreiben an den Stadtrat gewandt haben. In der anschließenden Ausschusssitzung waren viele Vertreterinnen dieser Kita anwesend. Es konnte aber die Tagesordnung nicht dementsprechend erweitert werden. Deshalb wurde entschieden, die nächste Sitzung in der Kita „Max und Moritz“ durchzuführen und dazu auch die Landtagsabgeordneten einzuladen. Aufgrund des regen Zuspruchs findet die Sitzung heute in der KulturFabrik statt. Zur heutigen Verfahrensweise würde er vorschlagen wollen, dass noch einmal eine Vertreterin der Kita „Max und Moritz“ den Anwesenden die Probleme der Einrichtung erläutert, vielleicht auch noch 1, 2 andere Kita's aus Haldensleben und die Verwaltung zu Wort kommen. Dann werde die Sozialausschusssitzung beendet, um in eine offene Diskussion mit allen Anwesenden treten zu können.

Als erstes möchte Frau Saskia Riepe, seit 3 Jahren als Erzieherin in der Kita „Max und Moritz“ tätig, gemeinsam mit ihren beiden Kollegen Jule Losensky und Martin Schröter ihre Einrichtung und deren aktuelle Situation

vorstellen und darstellen.

Herr Schröter erläutert anhand eines Modells die einzelnen Räumlichkeiten, die Gruppenstärken und die dafür zur Verfügung stehenden Erzieherinnen in der Kita „Max und Moritz“. Wenn man aus einer Gruppe eine Erzieherin abzieht, damit diese in einer anderen Gruppe als Ersatz eingesetzt werden kann, reißt dies an anderer Stelle eine Lücke auf. Er denke, dass er verdeutlichen konnte, dass sie die Möglichkeiten, die sie in ihrer Einrichtung haben, überhaupt nicht so effektiv nutzen können, wie sie es gern würden. Sie wollen lt. ihrer Stellenbeschreibung und laut Bildung elementar eine qualitativ hochwertige Arbeit erreichen und natürlich auch weiterführen und dazu fehlen ihnen helfende Hände (mindestens 3 Mitarbeiter), die sofort zur Stelle sind, wenn jemand ausfällt. Es gehe ihnen letztendlich darum, dass das Kind nicht zu kurz kommt und die Fördermöglichkeiten, die das Kind wahrnehmen soll, auch bekommen kann.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen der Kita „Max und Moritz“, die sehr anschaulich und ausführlich geschildert haben, was er in einem Satz zusammenfassen möchte – die Erzieherinnen seien mit dem Personalschlüssel nicht zufrieden, man sei der Ansicht, die man seines Erachtens auch teilen kann, dass man mit dem vorhandenen Personalschlüssel den Ansprüchen an die Qualität der Erziehung der Kinder in den Kitas nicht gerecht werden kann. Die Stadträte hatten bereits in der letzten Sitzung festgestellt, dass hier ihre Möglichkeiten begrenzt sind, da es gesetzliche Rahmenbedingungen (KiföG) gibt. Es wurde zudem auch festgestellt, dass im Sozialausschuss des Landtages das KiföG gerade diskutiert wird und es geplant ist, am Donnerstag, den 13.12.2012 diese Gesetzesänderung im Landtag zu verabschieden. Deshalb seien heute auch die Landtagsabgeordneten mit eingeladen worden, um gemeinsam die Probleme noch einmal zu erörtern und evt. noch Einfluss auf die Entscheidung bei der Abstimmung zu nehmen.

Stadtrat Herrmann Ortlepp habe die Probleme der Erzieherinnen anders verstanden. Sie bemängeln überhaupt nicht den gesetzlichen Betreuungsschlüssel, sondern die Situation in ihrer Einrichtung. In der Einrichtung gibt es viele Ausfälle durch Urlaub, Krankheit usw. und dafür stehen keine „Springer/Ersatz“ zur Verfügung, wie es in anderen Firmen üblich ist.

Die Aufgabe bestehe nicht nur darin, die Kinder zu bilden und zu erziehen, so Stadtrat Bodo Zeymer, sondern es gibt heute nicht nur an den Schulen, sondern auch in den Kindereinrichtungen beispielsweise Kinder mit Sprachstörungen, für die es in den Schulen Sonderpädagogen gibt. Gibt es in den Kindertagestätten auch weiteres Personal als nur Erzieherinnen, wie z. B. Kinderpfleger, Praktikanten, Reservekräfte?

Amtsleiterin Scherff antwortet, dass es Praktikanten gibt, aber diese zählen nicht zu dem festgelegten Personalschlüssel. Der Personalschlüssel setzt sich ausschließlich aus Fachkräften zusammen. Im Ausschuss wurde sich an für sich verständigt, in der Stadt Haldensleben, obwohl es im Krippenbereich unter Einschränkung möglich ist, auch Hilfskräfte einzusetzen, nur Fachkräfte zu beschäftigen. In der Kita „Max und Moritz“ werden keine behinderten Kinder betreut. Dafür gibt es die Einrichtung der Lebenshilfe.

Reserven, Springer oder Ähnliches gibt es nicht. Das sei das Problem, was schon seit einiger Zeit im Fachausschuss und in den Einrichtungen besprochen werde. Der Personalschlüssel sei über das ganze Jahr nicht nur eingehalten, sondern überschritten worden. Alle Überschreitungen gehen bereits jetzt zu 100 % zu Lasten der Stadt Haldensleben; werden nicht mit umgelegt. D.h. sämtliches Personal, das über den festgelegten Personalschlüssel vorgehalten werde, würde auch zu 100 % den Haushalt der Stadt Haldensleben belasten. Bei den Kapazitäten, die es in den Einrichtungen der Stadt gibt, wäre man auch mit 1, 2 oder auch 3 Springern nicht in der Lage, sämtliche Ausfälle abzudecken. Im Übrigen haben die Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ deutlich gemacht, dass sie einen erhöhten Krankenstand in ihrer Einrichtung zu verzeichnen haben und dass der Urlaubsanspruch für die jüngeren Mitarbeiter im Jahr 2012 im laufenden Jahr erhöht wurde, wofür es keinerlei Ausgleich gab. Alle diese Dinge seien im derzeitigen Personalschlüssel des Landes auch so vorgesehen und bei der Berechnung entsprechend berücksichtigt worden.

Frau Saskia Riepe möchte noch einmal deutlich machen, dass es den Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ nicht um das Kinderförderungsgesetz gehe, sondern um die Probleme in ihrer Einrichtung.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki verstehe das Problem der Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“, aber er denke, dieses Problem habe nicht nur die Einrichtung „Max und Moritz“. Es handelt sich um ein Problem grundsätzlicher Art.

Frau Sandra Brückner, Leiterin des Kindergartens Märchenburg könne sich den Vorrednern nur anschließen. Das Problem bestehe grundsätzlich. In ihrer Einrichtung werden 108 Kinder (zurzeit 98) von 11 Erzieherinnen betreut. Sie als Leiterin arbeite voll in der Gruppe mit, habe 13 Stunden für Leitungstätigkeiten, schöpfe diese

Zeit nie aus, habe kaum Zeit für eine Mittagspause, weil sie während dieser Zeit das Schriftliche im Büro erledigen müsse. Darüber habe sie mit Herrn Otto und Frau Scherff schon gesprochen. Es gehe ihr aber nicht nur persönlich so, sondern auch ihren Mitarbeiterinnen. Ihr Ansinnen sei es, ihre Arbeit im Sinne der Kinder zu gestalten. Sie haben die Einrichtung geöffnet, ein teiloffenes Haus realisiert, d.h. aber nicht, dass die Arbeit leichter wird. im Gegenteil. Man müsse viel mehr das Augenmerk auf die Kinder richten, was vielfach nicht realisierbar ist. In ihrer Einrichtung fehle nur durch die Urlaubstage 1 ganze Kraft aufs Jahr gerechnet. Hinzu kommen Ausfälle durch Krankheit. Zurzeit sei eine Erzieherin seit 6 Wochen krank, eine Erzieherin ist seit 5 Wochen zur Kur, die voraussichtlich 16 Wochen dauern werde, 1 Erzieherin bekommt jetzt eine Kur und sie habe noch keinerlei Reaktion wie es weitergeht. Positiv sei, dass bei 2 Erzieherinnen die Stundenzahl erhöht wurde, aber damit sei das Problem nicht gelöst. Ihres Erachtens fehlen Springer, die spontan eingesetzt werden könnten. Das Problem liegt einfach bei der Politik. Es wird immer gefordert, dass die Erzieherinnen gute Arbeit leisten sollen, aber sie sehe nicht, dass sich die Bedingungen verbessern. Erzieherin sei ein sehr schöner Beruf, sie möchten sich auch den Kindern widmen können, aber das sei oftmals nicht möglich.

Dezernent Otto merkt an, dass Frau Riepe erläutert habe, dass es mit dem vorhandenen Personal schwierig sei, wenn nicht sogar unmöglich, den Anforderungen, die das Gesetz an sie stellt, nachzukommen. Im Sozialausschuss wurde schon vor über einem Jahr darüber gesprochen, dass es selbstverständlich der Kommune möglich wäre, mehr Personal einzustellen, aber die Kommune müsse dann auch die finanziellen Folgen tragen. Ein Kinderbetreuungsplatz in Haldensleben kostet in Haldensleben durchschnittlich 650 Euro. Davon werden durch staatliche Zuweisungen 170 Euro kofinanziert, d.h. ein gutes Drittel. Die Elternbeiträge betragen zwischen 100 bis 145 Euro. Gut die Hälfte der Kosten werde schon jetzt für jeden einzelnen Betreuungsplatz durch die Stadt Haldensleben finanziert. Für Berufsanfänger müssten durchschnittlich 30.000 Euro pro Stelle aufgewandt werden. Bei 10 zusätzlichen Mitarbeiterinnen würden somit jährlich 300.000 Euro aus der Gemeindekasse finanziert werden müssen, wobei sich diese 10 Mitarbeiter gemessen an der Anzahl der Einrichtungen kaum bemerkbar machen würden. Selbst eine Stadt wie Haldensleben würde es auf Dauer überfordern, solche Kosten zusätzlich zahlen zu müssen. Wie bereits festgestellt wurde, sei die Politik gefordert. Die Mehrkosten, die vom Land zur Verfügung gestellt werden, sind Mehrkosten, die die Kommune haben werde, wenn die Betreuungszeiten in den Einrichtungen ausgedehnt werden. Dadurch werde sich im Hinblick auf die Verhältnisse, die die Erzieherinnen geschildert haben, nichts ändern.

Bisher sei nur über den Personalschlüsse oder das fehlende Personal in den Einrichtungen gesprochen worden. Da die Änderung des KiföG noch andere Auswirkungen auf die Tätigkeit in den Kitas haben werde, möchte Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki die Ausschusssitzung jetzt beenden und in die öffentliche Diskussion treten. *Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.*

Klaus Czernitzki  
Ausschussvorsitzender

Protokollführer